



WWW.ECONSTOR.EU

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Gohr, Antonia

Working Paper

Italien nach der Wahl: Wahlausgang und Perspektiven

ZeS-Arbeitspapier, No. 13/2001

Provided in cooperation with:

Universität Bremen

Suggested citation: Gohr, Antonia (2001) : Italien nach der Wahl: Wahlausgang und Perspektiven, ZeS-Arbeitspapier, No. 13/2001, <http://hdl.handle.net/10419/41512>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics



Antonia Gohr

**Italien nach der Wahl –
Wahlausgang und Perspektiven**

ZeS–Arbeitspapier Nr. 13/01

Zentrum für Sozialpolitik
Universität Bremen
Parkallee 39
28209 Bremen
e-mail: agohr@zes.uni-bremen.de

Zusammenfassung

Wie die meisten Prognosen vorhergesagt hatten, ging aus den Parlamentswahlen am 13. Mai 2001 eine Mitte–Rechts–Koalition unter der Führung des Mailänder Medienunternehmers Silvio Berlusconi siegreich hervor. Damit wurde die seit fünf Jahren regierende Mitte–Links–Koalition ("Ulivo" – Ölbaumbündnis) von dem Mitte–Rechts–Bündnis "Haus der Freiheiten" (Casa delle Libertà) abgelöst.

Das Wahlergebnis zeigt deutliche Veränderungen im Parteiensystem: Die nach den Wahlen von 1996 erkennbare Tendenz zur Entwicklung eines bipolaren Parteiensystems setzte sich bei den jüngsten Wahlen fort. Jenseits der beiden großen Wahlbündnisse Casa delle Libertà und Ulivo scheinen sich die anderen Parteien in Zukunft immer schwerer behaupten zu können.

Das Papier analysiert die Parlamentswahl vom 13. Mai 2001. Es erläutert Wahlausgang und Regierungsbildung, fragt nach den Gründen für den Wahlausgang, untersucht die Auswirkungen des Wahlsystems auf das Parteiensystem und beschreibt mögliche Perspektiven für das politische System Italiens.

Inhalt

1.....	Einleitung	5
2.....	Wahlausgang und Regierungsbildung	7
Tabelle 1.....		7
Ergebnisse in Prozent 1996.....		7
Tabelle 3.....		9
3Gründe für den Wahlausgang.....		10
3.1.....	Wahlsystem und Wahlbündnisse	10
3.2.....	Uneinigkeit im linken Lager	12
4Eine Zwischenbilanz der Regierung Berlusconi.....		13
4.1.....	Perspektiven für die Sozialpolitik	13
4.2.....	Ist die Demokratie in Gefahr?	14
5.....	Perspektiven der Entwicklung – Italien auf dem Weg zu einem bipolaren Parteiensystem?	15
Literatur.....		18
Anhang: Sitzverteilung in der Abgeordnetenversammlung und im Senat 2001 und 1996.....		20

1 Einleitung

Das politische System Italiens galt bis zu Beginn der 90er Jahre als "blockierte Demokratie"¹. Denn während die Democrazia Cristiana (DC) als dominierende Partei von 1946 bis 1994 stets die stärkste Fraktion im italienischen Parlament bildete, in diesem Zeitraum an allen Regierungen beteiligt war und fast immer den Ministerpräsidenten stellte, blieb die stärkste Oppositionspartei, der Partito Comunista Italiano (PCI), dauerhaft von der Regierung ausgeschlossen.² Als einziges Land unter den westlichen Demokratien hat Italien bis 1996 nie einen Regierungswechsel zwischen einem konservativ-gemäßigten und einem progressiven Parteienblock erlebt. Durch die fehlenden Machtwechsel wurde der Parteienwettbewerb faktisch ausgesetzt. Dieses "unvollkommene Zweiparteiensystem"³ fand Anfang der 90er Jahre ein abruptes Ende. Im Zuge eines aufsehenerregenden Korruptionsskandals, in den beinahe die gesamte politische Klasse verwickelt war, erfuhr das Parteiensystem eine beispiellose Transformation. Die Parteien, die die "erste Republik" dominiert hatten, insbesondere die immerwährende Regierungspartei DC, verschwanden; und der dauerhaft von der Regierung ausgeschlossene kommunistische PCI wandelte sich zu einer sozialdemokratischen Partei. Neue politische Formationen wie Lega Nord, Forza Italia oder La Rete entstanden.⁴

Nach den Parlamentswahlen von 1996 zeichnete sich eine Entwicklung hin zu einem zwar immer noch stark fragmentierten, aber in seiner Grundstruktur bipolaren Parteiensystem ab. Zudem ermöglichte die Transformation nach 1992 erstmals in der italienischen Nachkriegsgeschichte Machtwechsel (1994 und 1996) und damit einen funktionierenden Parteienwettbewerb. Das Wahlergebnis vom Frühjahr 2001 und der erneute Machtwechsel haben diese Trendwende bestätigt und gezeigt, dass die Umwälzungen der 90er Jahre zu einer dauerhaften Transformation des politischen Systems in Italien geführt haben.

Mit dem klaren Wahlsieg Silvio Berlusconis und seines Mitte-Rechts-Bündnisses "Haus der Freiheiten" (Casa delle Libertà) bei den italienischen Parlamentswahlen am 13. Mai 2001 wurde die seit fünf Jahren regierende Mitte-Links-Koalition ("Ulivo" – Ölbaumbündnis) abgelöst. Den Wahlen war ein erbitterter Wahlkampf vorangegangen, der sich vor allem auf die Spitzenkandidaten der beiden großen gegnerischen Wahlallianzen Silvio Berlusconi und

¹ Seißelberg 1993.

² Unter den Parteien bestand die Übereinkunft, aufgrund seines Anti-System-Charakters, nicht mit dem PCI zu koalieren (*conventio ad excludendum*).

³ Galli 1974.

⁴ Newell nennt drei zentrale Faktoren/Entwicklungen für die Transformation des politischen Systems in Italien: (1) die Aufdeckung des Korruptionsskandals durch Richter und Staatsanwälte, (2) das Erstarken der regionalistisch-populistischen Lega Nord und (3) die von der Referendumsbewegung erzwungene Wahlrechtsreform (Newell 2000: 89).

Francesco Rutelli konzentriert hatte. Die Linke hatte – allen anderslautenden Prognosen zum Trotz – gehofft, die Wahl mit ihrem Spitzenkandidaten, dem früheren Bürgermeister von Rom Rutelli, doch noch zu ihren Gunsten entscheiden zu können, aber der Sieg Berlusconis fiel eindeutig aus. Sowohl in der Abgeordnetenversammlung als auch im Senat eroberte die Casa delle Libertà die absolute Mehrheit.

Für das Wahlergebnis und die Transformation des italienischen Parteiensystems erwies sich die Wahlrechtsreform von 1993 als folgenreich. Der nach den Wahlen von 1996 erkennbare allmähliche Konzentrationsprozess in der Parteienlandschaft⁵ setzte sich bei den jüngsten Parlamentswahlen fort. Das Wahlsystem und die Polarisierung des Wahlkampfes verhinderten den Einzug der meisten kleineren Parteien ins Parlament. Außer Rifondazione Comunista scheiterten alle anderen Parteien, die sich nicht einem der beiden großen Wahlbündnisse angeschlossen hatten, an der Vier-Prozent-Hürde. Damit hat sich im italienischen Parteiensystem eine deutliche bipolare Struktur herausgebildet. Jenseits der Casa delle Libertà und des Ulivo scheinen sich die anderen Parteien in Zukunft immer schwerer behaupten zu können.⁶ Mit der jüngsten Parlamentswahl bricht daher eine neue Ära an.

Aufgrund ihrer soliden Mehrheiten in beiden Kammern, der in der Koalition unumstrittenen Autorität des Ministerpräsidenten Berlusconi sowie der im Vergleich zur Mitte-Links-Allianz größeren Homogenität der Bündnispartner kann die neue Regierung auf eine volle Amtszeit hoffen. Doch viele betrachten den Wahlsieg des Mitte-Rechts-Bündnisses mit Unbehagen.⁷ Denn Regierungschef Berlusconi ist gleichzeitig Besitzer eines gewaltigen Medienimperiums. Ein Konflikt zwischen unternehmerischen Interessen und Regierungsamt scheint unvermeidbar. Überdies laufen wegen mutmaßlicher Steuerhinterziehung und Bestechung verschiedene Strafverfahren gegen Berlusconi.

Das Papier analysiert die Parlamentswahl vom 13. Mai 2001. Es erläutert Wahlausgang und Regierungsbildung, fragt nach den Gründen für den Wahlausgang, untersucht die Auswirkungen des Wahlsystems auf das Parteiensystem und beschreibt mögliche Perspektiven für das politische System Italiens. Wird sich die klar erkennbare bipolare Struktur des Parteiensystems konsolidieren und werden die in den beiden großen Bündnissen zusammengeschlossenen Parteien letztlich vielleicht gar zu einer rechtskonservativen und einer sozialdemokratischen Partei verschmelzen? Welchen Herausforderungen sieht sich die

⁵ Zohlhöfer 1998.

⁶ Das Szenario einer tripolaren Wettbewerbsstruktur, das sich 1994 mit einem um die Ex-DC formierten Zentrum und 1996 mit dem erfolgreichen Alleingang der Lega Nord abzuzeichnen schien, ist vorläufig unwahrscheinlich.

⁷ Vgl. "So, Mr Berlusconi... A triumph for Silvio Berlusconi, but not for Italy", in: The Economist, May 19th 2001: 13; Werner A. Perger, "Berlusconis Macht", in: Die Zeit, 21. Juni 2011 (Nr. 26): 6; Clemens Wergin, "Was von Genua übrigbleibt", in: Der Tagesspiegel, 16.8.2001 (Nr. 17499): 21.

neue Regierung insbesondere in der Sozial- und Europapolitik gegenüber? Neben diesen empirisch-analytischen Fragen nach den Folgen des Wahlausgangs und der Veränderung des Parteiensystems wird die demokratietheoretisch und normativ orientierte Frage nach der Bedeutung des Berlusconi-Wahlsiegs erörtert. Ist – wie manche Kritiker fürchten – seit dem Wahlsieg Berlusconis die Demokratie in Italien in Gefahr?

2 Wahlausgang und Regierungsbildung

Bei den Wahlen am 13. Mai 2001 eroberte das erfolgreiche Wahlbündnis "Haus der Freiheiten" (Casa delle Libertà), zu dem die Parteien Forza Italia, Alleanza Nazionale, Lega Nord sowie die kleineren katholischen Zentrums-Parteien CCD-CDU und der Nuovo PSI⁸ gehören, in beiden Kammern des Parlaments die absolute Mehrheit. Während alle seine Koalitionspartner – zum Teil dramatische – Wahlverluste hinnehmen mussten, konnte Berlusconi Forza Italia einen beträchtlichen Zuwachs verbuchen (plus 8,9 Prozentpunkte). Das Mitte-Links-Bündnis "Ölbaum" (Ulivo) erlitt eine klare Niederlage (Tabelle 1). Im Abgeordnetenhaus konnte die Mitte-Rechts-Allianz 368 Sitze erobern. Der Ulivo errang dagegen 242 Sitze.⁹ Elf Mandate gingen an die Rifondazione Comunista.¹⁰ In den Senat schicken die Casa delle Libertà 177 und der Ulivo 125 Abgeordnete.¹¹ Drei Senatoren stellt Rifondazione Comunista, zwei Democrazia Europea und zwei die Südtiroler Volkspartei¹² (siehe Schaubild im Anhang). Außer Rifondazione Comunista kam keine der Parteien, die sich nicht einem der beiden großen Wahlbündnisse angeschlossen hatten, über die Vier-Prozent-Hürde, die für die nach Proporz vergebenen Sitze gilt. Dass die kleineren Parteien innerhalb der Wahlbündnisse dennoch im Parlament vertreten sind, hängt mit der Verteilung der Einerwahlkreise unter den Bündnispartnern zusammen.¹³ Damit hat sich im italienischen Parteiensystem eine zwar nach wie vor fragmentierte, aber doch deutlich sichtbare bipolare Struktur herausgebildet.

Tabelle 1

Wahlergebnisse – Abgeordnetenhaus (Listenstimmen nach Verhältniswahl)

Partei	Ergebnisse in Prozent 2001	Ergebnisse in Prozent 1996
--------	----------------------------	----------------------------

⁸ Bei dem Nuovo PSI handelt es sich um eine Nachfolgepartei des Partito Socialista Italiano unter der Führung von Bobo Craxi, dem Sohn des verstorbenen ehemaligen Premiers Bettino Craxi.

⁹ Hinzu kamen allerdings acht Sitze, die in Trentino/Südtirol durch die Allianz von Ulivo und Südtiroler Volkspartei (SVP) erobert werden konnten.

¹⁰ Ein Sitz ging an "Sonstige".

¹¹ Auch hier kamen drei Sitze durch das Bündnis Ulivo-SVP hinzu.

¹² Di Pietros Italia dei Valori gewann einen Senatssitz. Je einen weiteren Senatssitz konnten eine "Autonome Liste" und ein unabhängiger Kandidat erobern.

¹³ Für das Zustandekommen mehrheitsfähiger Wahlallianzen sind die kleineren Parteien nach wie vor unverzichtbar. Dies stärkt ihre Verhandlungsposition, so dass sie in einem – gemessen an ihrer Stimmenstärke – großen Teil der für ihr Bündnis erfolgversprechenden Wahlkreise die Nominierung ihrer Kandidaten durchsetzen können (Schaefer 1998: 72).

Forza Italia	29,5	20,6
Alleanza Nazionale	12,0	15,7
Lega Nord	3,9	10,1 ^a
CCD–CDU ^b (Biancofiore)	3,2	5,8
Nuovo PSI	1,0	–
Mitte–Rechts	49,6 "Casa delle libertà"	42,1 ("Polo delle libertà")
Democratici di Sinistra ^c	16,6	21,1 (PDS)
Margherita ^d	14,5	6,8 (Popolari: PPI, SVP, PRI, UD, Lista Prodi)
–	–	4,3 (RI/Lista Dini)
Verdi–SDI (Il Girasole)	2,2	2,5 (Verdi)
Partito dei Comunisti Italiani	1,7	–
–	–	0,1 (Partito Sardo D’Azione)
Mitte–Links	35,0 "Ulivo"	34,8 "Ulivo"
Rifondazione Comunista	5,0	8,6
Lista Bonino (Bonino/Pannella)	2,2	1,9 (Lista Pannella)
Italia dei Valori (Lista di Pietro)	3,9	–
Democrazia Europea	2,4	–
Movimento Sociale Fiamma Tricolore	0,4	0,9
Forza Nuova	0,0	–
Fronte Nazionale	0,1	–
Liga Fronte Veneto	0,2	–
Südtiroler Volkspartei	0,5	–

Quelle: <http://www.politicaonline.com/elezioni/pol2001.htm/>; <http://www.repubblica.it/speciale/elezioni2001/camera.html>

- a Die Lega Nord trat 1996 nicht in Berlusconis Wahlbündnis an.
b Centro Cristiano Democratici (CCD) und Cristiani Democratici Uniti (CDU) sind zwei Nachfolgeparteien der ehemaligen Democrazia Cristiana (DC).
c Ehemals Partito Democratico della Sinistra (PDS; der PDS wiederum ist eine Nachfolgepartei des kommunistischen PCI).
d Zusammenschluss der Parteien Unione Democratica per la Repubblica/Unione Democratici per l’Europa (UDR/UDEUR), I Democratici (ehemals Lista Prodi), Rinnovamento Italiano (RI) und Partito Popolare Italiano (PPI).

Tabelle 2

Wahlergebnisse – Abgeordnetenversammlung (Kandidatenstimmen nach Mehrheitswahl)

Koalition	Ergebnisse in Prozent 2001	Sitze 2001	Ergebnisse in Prozent 1996	Sitze 1996
Ulivo	43,7	184 ^a	45,4	246 ^b
Casa delle Libertà	45,4	282	40,3 (Polo ohne Lega Nord)	169

Quelle: <http://www.repubblica.it/speciale/elezioni2001/camera.html>

- a Plus acht Sitze durch das Bündnis Ulivo–SVP in Trentino/Südtirol.
b Hinzu kamen 15 Sitze der sogenannten "Progressisti" durch Absprachen mit Rifondazione Comunista.

Die Wahlen haben die tiefe regionale Zerklüftung des italienischen Parteiensystems gezeigt. Der Ulivo verlor vor allem in Norditalien und im Süden. In der Lombardei gewann die Casa delle Libertà 70 von 74 der nach dem Majorzsystem vergebenen Sitze.¹⁴ In Sizilien konnte sie gar alle Sitze in beiden Kammern erobern. Konnte die Linke im Süden traditionell noch nie nennenswerte Wahlerfolge verbuchen, so muss sie der anhaltende Mißerfolg im Norden, der bereits bei den Regionalwahlen im April 2000 deutlich wurde, nachdenklich stimmen.

Nach den jüngsten Wahlen haben sich auch Verschiebungen innerhalb der Wahlbündnisse ergeben. So dominiert Forza Italia infolge der Wahlverluste ihrer Koalitionspartner noch unangefochtener das rechte Bündnis. Nachdem sich die Lega Nord der Rechtsallianz wieder angeschlossen hat und starke Stimmeinbußen hinnehmen musste, kann – anders als nach den Wahlen von 1996 – nicht mehr von einer "tripolaren Wettbewerbsstruktur"¹⁵ im Norden die Rede sein. Die Linksdemokraten sind – nach eigenen Wahlverlusten und Zugewinnen der Bündnispartnerin Margherita – nicht mehr eindeutig die führende Kraft im linken Wahlbündnis.

Am 11. Juni 2001 wurde die neue Regierung Berlusconi vereidigt (Tabelle 3). Silvio Berlusconi wurde Ministerpräsident, Vizepremier wurde der Chef der Alleanza Nazionale Gianfranco Fini. An die Alleanza Nazionale gingen außerdem die Ministerposten für Umwelt, Landwirtschaft und das Kommunikationsressort. Umberto Bossi von der Lega Nord wurde Minister (ohne Portefeuille¹⁶) für institutionelle Reformen und föderalen Umbau. Die Lega Nord konnte sich mit der Forderung nach einem Schlüsselministerium durchsetzen und das Justizressort erfolgreich für sich reklamieren. Auch das Ressort für Arbeit und Soziales ging an die Lega. Die wichtigsten Posten hingegen fielen Forza Italia zu: Inneres, Verteidigung sowie der gewichtige Posten des Wirtschafts- und Finanzministers. Nur zwei Frauen sind im Kabinett vertreten. Mit dem Bildungsministerium und dem Gleichstellungsressort (ohne Portefeuille) besetzen sie "klassische" Frauenposten.

Anders als bei der ersten Regierung Berlusconi 1994 sind die Parteichefs der beiden größten Koalitionspartner diesmal in die Regierungsverantwortung eingebunden. Die Wahlkoalition ist damit auch eine Regierungskoalition und dies dürfte ihr mehr Stabilität verleihen, als sie die erste Regierung Berlusconi hatte.

Tabelle 3

Die Regierung Berlusconi¹⁷

Ministerpräsident	Silvio Berlusconi	Forza Italia
Stellvertretender Ministerpräsident	Gianfranco Fini	Alleanza Nazionale
Außenminister	Renato Ruggiero	parteilos
Innenminister	Claudio Scajola	Forza Italia
Justizminister	Roberto Castelli	Lega Nord
Wirtschafts- und Finanzminister	Giulio Tremonti	Forza Italia
Verteidigungsminister	Antonio Martino	Forza Italia
Ministerin für Unterricht, Universitäten und wissenschaftliche Forschung	Letizia Moratti	parteilos
Minister für Landwirtschaft und Forsten	Giovanni Alemanno	Alleanza Nazionale

¹⁵ Newell/Bull 1997: 103; Zohlnhöfer 1998: 1389.

¹⁶ Minister ohne Portefeuille haben keinen genau bestimmten, eigenen Geschäftsbereich, sondern in der Regel – im Gegensatz zu den Ressortministern – wechselnde Sonderaufgaben. Die Ernennung eines Ministers ohne Portefeuille erfolgt oft, um einer bestimmten Partei oder Gruppierung eine Vertretung im Kabinett zu sichern (Schmidt 1995: 765).

¹⁷ Aufgeführt werden nur die Ministerien mit Portefeuille.

Minister für Infrastruktur und Verkehr	Pietro Lunardi	CDU
Minister für Kommunikation	Maurizio Gasparri	Alleanza Nazionale
Minister für Produktion	Antonio Marzano	Forza Italia
Minister für Arbeit und Soziales	Roberto Maroni	Lega Nord
Minister für Gesundheit	Gerolamo Sirchia	parteilos
Minister für Kultur	Giuliano Urbani	Forza Italia
Minister für Umwelt	Altero Matteoli	Alleanza Nazionale

Quelle: http://www.governo.it/sez_ministeri/index.html

3 Gründe für den Wahlausgang

3.1 Wahlsystem und Wahlbündnisse

Wie kam es zu diesem Wahlsieg für das Mitte–Rechts–Bündnis? Zwar fiel der Wahlsieg des Mitte–Rechts–Bündnisses eindeutig aus, aber die Analyse des Wahlergebnisses zeigt, dass die Unterstützung des Mitte–Rechts–Blocks insgesamt keineswegs zugenommen, sondern dieser im Gegenteil sogar an Zustimmung eingebüßt hat. Der Polo, wie sich das Mitte–Rechts–Bündnis vor fünf Jahren nannte, hätte 1996 im Abgeordnetenhaus (bei den Listenstimmen) gemeinsam mit der Lega Nord, die damals alleine kandidierte, 52,2 Prozent der Stimmen – 2,6 Prozentpunkte mehr als 2001 – erhalten (Tabelle 1). Im Senat hat der Berlusconi–Block noch mehr Stimmen eingebüßt. Während er 1996 gemeinsam mit Lega Nord 47,7 Prozent erreicht hätte, kam er bei den jüngsten Wahlen nur noch auf 42,5 Prozent. Das bedeutet einen Verlust von 5,2 Prozentpunkten. Aber die Einbußen sind ungleich verteilt. Außer Forza Italia haben alle Parteien der Casa delle Libertà im Vergleich zu den Wahlen von 1996 Stimmen verloren (Tabelle 1). Forza Italia hat also auf Kosten ihrer Bündnispartner gewonnen.

Beträchtliche Auswirkungen auf den Wahlausgang und die Transformation des Parteiensystems hat das Wahlsystem. Ein Referendum vom April 1993 hatte dem Gesetzgeber eine Neufassung des Wahlrechts aufgetragen.¹⁸ Das Verhältniswahlrecht wurde durch ein Mischwahlsystem ersetzt, in dem drei Viertel der Sitze beider Kammern in uninominalen Wahlkreisen nach dem relativen Mehrheitswahlrecht und das verbleibende Viertel der Sitze nach dem Verhältniswahlrecht vergeben werden.¹⁹ Durch das Abrücken vom reinen Verhältniswahlrecht sollte die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien vermindert

¹⁸ Mit einem Referendum können in Italien nur bestehende Bestimmungen abgeschafft, aber keine neuen eingeführt werden (abrogatives Referendum). Ein Volksentscheid ist nur dann gültig, wenn mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten an ihm teilnehmen. 80 Prozent der Wahlberechtigten hatten sich an dem Referendum vom April 1993 beteiligt und eine überwältigende Mehrheit von 95 Prozent hatte sich für die Ablösung des bis dahin geltenden Verhältniswahlrechts ausgesprochen. Die hohe Wahlbeteiligung und die außerordentliche Zustimmung zur Wahlreform waren unter dem Einfluss der Korruptionsskandale zustande gekommen, die Anfang der 90er Jahre Italien erschüttert und zum Zusammenbruch des politischen Systems geführt hatten (zur Institution des Referendums und zur Referendumsbewegung vgl. Schaefer 1998; Newell 2000: 90 ff.).

¹⁹ Um Abgeordnetenmandate zu gewinnen, die nach Verhältniswahl verteilt werden, müssen die Parteien über die Vier–Prozent–Hürde kommen (zur Wahlrechtsreform vgl. Pasquino 1995; Freund 1995; Schaefer 1998; Newell 2000: 89 ff.).

werden, denn der Zwang, aus einer Vielzahl von Parteien eine mehrheitsfähige Koalition zu bilden, wurde für die chronische Instabilität der italienischen Regierungen und für die Immobilität der Politik verantwortlich gemacht.²⁰

Hatte das Verhältniswahlrecht zu einer fast exakten Übertragung von Wählerstimmen in Parlamentsmandate geführt und damit auch Splitterparteien den Einzug ins Parlament gesichert, brachte der seit 1994 geltende neue Wahlmodus die Einführung einer starken Mehrheitswahlkomponente und zwang die Parteien damit zur Bildung von Wahlallianzen.²¹ Von großer Bedeutung für den Wahlerfolg ist daher die Zusammensetzung von Wahlbündnissen. So hatte das Ölbaumbündnis es bei den jüngsten Parlamentswahlen versäumt, die Partei des ehemaligen populären Staatsanwalts Antonio di Pietro rechtzeitig in das Bündnis zu integrieren. Immerhin hatte man in der Region Trient–Südtirol die Südtiroler Volkspartei mit ins Boot holen können, aber das reichte nicht aus. Dadurch, dass potenzielle Bündnispartner aus dem Mitte–Links–Spektrum wie Di Pietros Italia dei Valori und Lista Bonino außerhalb des Ulivo antraten, verschenkte die Linke viele Stimmen. Anders als bei den Wahlen 1996 war es dem Ulivo nicht gelungen, mit der Rifondazione Comunista Wahlabsprachen zu treffen, um zu verhindern, dass in einem Wahlkreis Kandidaten beider Gruppierungen gegeneinander antraten. Fausto Bertinotti, der Chef von Rifondazione Comunista, musste sich vorwerfen lassen, die Niederlage des Ulivo zumindest mitverschuldet zu haben, indem er darauf beharrt hatte, im Wettbewerb um Senatsmandate mit eigenen Kandidaten anzutreten. Zwar hatte Rifondazione Comunista sich beim Urnengang für das Abgeordnetenhaus auf die Proporz–Tranche beschränkt und das Feld im Majorz–Bereich dem Ulivo überlassen, dieser hatte sich jedoch ohne die Konkurrenz der Kommunisten nur für den Senat realistische Siegeschancen erhoffen können.²²

Berlusconi hatte sich zeitig um die Bündnispartner bemüht und bereits für die Regionalwahlen 2000 eine neue Allianz mit Umberto Bossis Lega Nord geschmiedet, die bei

²⁰ Die Hoffnung der Reformer, durch die Wahlrechtsreform einen klaren Bipolarismus zu schaffen und die hohe Fragmentierung des Parteiensystems zu überwinden, erfüllte sich vorerst nicht. Es gab daher wiederholt Versuche, das Wahlgesetz durch ein reines Mehrheitswahlrecht zu ersetzen. Im April 1999 und im Mai 2000 wurden Referenden über die Änderung des Wahlmodus für das nationale Parlament zu Gunsten des Mehrheitswahlrechts durchgeführt. Zwar sprach sich die Mehrheit der Italiener, die ihre Stimme abgaben, für die Reform und damit für ein neues Wahlrecht aus. Doch da das erforderliche Quorum von mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten nicht zustandekam, scheiterten beide Referenden an der zu niedrigen Beteiligung.

²¹ Vgl. Virgilio 1998; Schaefer 1998: 68 ff.

²² Wichtige Verschiebungen gab es 2001 vor allem bei den nach Mehrheitswahl vergebenen Sitzen. Ein Grund für die Niederlage des Ulivo war, dass es ihm in großem Umfang nicht gelang, Kandidatenstimmen von den Wählern zu erhalten, die den einzelnen Parteien des Bündnisses ihre Listenstimmen gegeben hatten. Während der Ulivo seinen Proporzstimmenanteil sogar leicht steigern konnte, hatte er im Majorz–Bereich Verluste hinnehmen müssen und dadurch viele Sitze eingebüßt. Dies zeigt, dass es die Mitte–Links–Allianz diesmal nicht schaffte, Wähler jenseits der Stammwählerschaft zu mobilisieren. Der Casa delle Libertà war es dagegen gelungen, ihren Stimmenanteil im Majorz–Bereich auszubauen (Tabelle 2, S. 8). 1996 war dies genau umgekehrt gewesen (Newell/Bull 1997: 104 f.).

den Parlamentswahlen 1996 noch allein angetreten war und damit die Niederlage des Rechtsbündnisses mit begründet hatte.²³ Außerdem hatte er mit der neofaschistischen Fiamma Tricolore in Sizilien und Latium regionale Wahlabkommen geschlossen. Bei den Wahlen 1996 hatte Fiamma im Süden eigene Kandidaten aufgestellt und dem rechten Wahlbündnis in 29 Wahlkreisen so viele Stimmen abgenommen, dass diese an den Ulivo gefallen waren.²⁴ Daraus hatte man gelernt.

Der Sieg der Casa delle Libertà war also nicht deutlichen Verschiebungen innerhalb der Wählerschaft zu verdanken, sondern lag vor allem in der geschickten Anwendung des neuen Wahlrechts und einer taktisch klugen Bündnispolitik begründet. Für den Ulivo hatte es sich negativ ausgewirkt, dass mit einigen Parteien des Mitte–Links–Spektrums keine Wahlpakte geschlossen wurden, um eine Aufsplitterung des linken Stimmenpotenzials zu verhindern.

3.2 *Uneinigkeit im linken Lager*

Die innere Zerstrittenheit des linken Lagers hat zur Wahlniederlage des Ulivo beigetragen. In seiner fünfjährigen Regierungszeit hatte das Mitte–Links–Bündnis mit Romano Prodi, Massimo D'Alema und Giuliano Amato drei Ministerpräsidenten verschlissen. Zwar hatte die Mitte–Links–Koalition das Rentensystem reformiert, das Haushaltsdefizit verringert, die Staatsverschuldung gesenkt und dem Land damit die Euro–Teilnahme gesichert²⁵, aber partei– und bündnisinterne Konkurrenzkämpfe schwächten die linke Allianz. Der höchst heterogenen Koalition mangelte es an interner Kohäsion. Sie vereinigte ein breites Spektrum an ideologischen Orientierungen und viele Parteien und Parteipolitiker, die auf eigene Profilierung bedacht waren. Während die einen im Ölbaumbündnis die Zentrums–Komponente stärken und den Einfluss der ehemaligen Kommunisten beschränken wollten, hofften die anderen auf die Entwicklung des Ulivo zu einer starken sozialdemokratischen Partei. Hinzu kam Kompetenzgerangel zwischen den beiden Führungsfiguren der Linksdemokraten Walter Veltroni und Massimo D'Alema.

Wenn das Ölbaumbündnis sich nicht auf eine lange Oppositionszeit einstellen will, muss es seine internen Differenzen beilegen und seine beiden tragenden Säulen – die sozialdemokratische (Democratici di Sinistra) und die katholisch–liberale (Margherita) – zu einer festen und dauerhaft tragfähigen Allianz verbinden. Dies ist sicher kein leichtes Unterfangen, denn die unter dem Ölbaum versammelten Parteien sind sehr viel heterogener als die des rechten Bündnisses. So treffen im Ulivo Sozialisten, Kommunisten, Grüne, Katholiken und Liberale aufeinander. Immerhin verfügt das Ölbaumbündnis mit Francesco Rutelli über einen Politiker, der imstande wäre, die verschiedenen Parteien dauerhaft zu

²³ Newell/Bull 1996: 635; Virgilio 1998: 7 f.

²⁴ Newell/Bull 1996: 634 f.; Virgilio 1998: 7 f.

²⁵ Vgl. Gohr 2001b.

integrieren, da er selbst dem Zentrum angehört und die Angst der kleineren Parteien vor einer Hegemonisierung durch die Democratici di Sinistra zerstreuen könnte.²⁶

Unter den Bedingungen eines majoritären Wahlsystems ist nicht nur die Koalitionsfähigkeit der Parteien, sondern auch die Persönlichkeit der Kandidaten eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg. Es wird daher von großer Bedeutung sein, ob es dem Ulivo gelingt, einen geeigneten Politiker aus seinen Reihen zu einer anerkannten Führungsfigur aufzubauen. Dies ist der Rechten bislang besser gelungen: "[...] the centre-left has always had great difficulty in finding a popular, appealing leader. In fact, in all surveys, the leaders of the Centre-left always trail behind Berlusconi and Fini, and even behind Dini and Di Pietro."²⁷

4 Eine Zwischenbilanz der Regierung Berlusconi

4.1 Perspektiven für die Sozialpolitik

Aufgrund ihrer komfortablen Mehrheiten in beiden Kammern verfügt die Regierung über günstige Rahmenbedingungen, um ihre Politikziele umzusetzen. Doch trotz der großen Autorität Berlusconis und der Dominanz seiner Forza Italia gibt es innerhalb der Koalition reichlich Konfliktpotenzial. Denn die Koalitionspartner haben gerade auf dem Feld der Sozial- und Wirtschaftspolitik äußerst unterschiedliche Vorstellungen. So ist das neoliberale Wirtschaftskonzept von Forza Italia und Lega Nord kaum mit dem neofaschistischen Korporatismus von Alleanza Nazionale vereinbar, der den Staat sozial stark verpflichtet will.²⁸ Überdies ist unklar, wie Berlusconi seine Wahlversprechen einlösen will. In einem medienwirksam vor laufenden Kameras unterzeichneten "Vertrag mit den Italienern" verpflichtete er sich vor der Wahl, die Mindestrenten zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen, in große Infrastrukturprojekte zu investieren und die Steuern deutlich zu senken, ohne dabei die Staatsschuld zu erhöhen und den europäischen Stabilitätspakt zu verletzen. Skeptiker fürchten angesichts der Wahlversprechen Berlusconis um die Stabilität des Euro. Denn mit Sparpolitik hat Berlusconi bereits einmal schlechte Erfahrungen gemacht. Geplante Einschnitte ins Rentensystem hatten 1994 massive Proteste der Gewerkschaften hervorgerufen und zum rasanten Popularitätsverlust und schließlich zum Scheitern der ersten Regierung Berlusconi beigetragen. Wie die neue Regierung den Zielkonflikt zwischen haushaltspolitischer Stabilität und sozialpolitischer Generosität lösen wird, ist ungewiss.

²⁶ Rutelli ist Parteiführer der Democratici, der Nachfolgepartei der Lista Prodi des ehemaligen Ministerpräsidenten Romano Prodi.

²⁷ Pasquino 1997: 48.

²⁸ Dass Alleanza Nazionale für einen weit reichenden Staatsinterventionismus plädiert, überrascht nicht. Schließlich hat die Nachfolgepartei des neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI) ihre Hochburgen in dem nach wie vor stark von Subventionen aus Rom abhängigen Süden des Landes.

Dabei wären weitere Reformen – insbesondere des nach wie vor hoch defizitären Rentensystems – dringend vonnöten. Ob es Berlusconi gelingt, die möglichen koalitionsinternen Differenzen zu bändigen und – anders als noch 1994 – bei Reformvorhaben in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Sozialpartner in korporatistische Verhandlungen mit einzubeziehen, wird sich zeigen. Sozial- und wirtschaftspolitische Reforminitiativen hat die Regierung bislang jedoch nicht vorgelegt. Nach den ersten hundert Amtstagen der Mitte-Rechts-Regierung ist klar, dass die simplen Versprechen nicht einlösbar sind.

4.2 *Ist die Demokratie in Gefahr?*

In der Regierungskoalition fehlen die mäßigenden Elemente. Umberto Bossis Lega Nord ist deutlich nach rechts gerückt und konkurriert mit Gianfranco Finis Alleanza Nazionale um den rechten Rand. Hatte die Lega Nord 1994 noch das Zünglein an der Wage spielen und die erste Regierung Berlusconi nach kurzer Zeit stürzen können, so hat sie nach ihren dramatischen Wahlverlusten – sie büßte 6,2 Prozentpunkte ein – kein wirksames Drohpotential mehr, denn Berlusconi könnte auch ohne die Nordpartei regieren. Die katholischen Zentrumparteien CCD und CDU mussten ebenfalls Stimmenverluste hinnehmen und haben kaum noch Einfluss. Aus der Partei des Ministerpräsidenten ist kein Widerspruch zu erwarten, denn Forza Italia ist ein "Produkt" Berlusconis. Die Parteigründung war von Managern seines Firmenimperiums vorbereitet worden und die Partei hängt von Berlusconis Geld und Medienmacht ab. Strukturen innerparteilicher Demokratie sind nach wie vor unterentwickelt.²⁹

Kritiker fürchten seit dem Wahlsieg des Mitte-Rechts-Bündnisses um die Pressefreiheit in Italien. Denn Ministerpräsident Berlusconi verfügt als Besitzer der größten Privatsender und wichtigsten Verlagsgruppen über eine in westlichen Demokratien beispiellose Medienmacht. Der OSZE-Medienbeauftragte Freimut Duve warnt davor, dass die Kontrolle der Regierung durch die Medien von einer Kontrolle der Medien durch die Regierung ersetzt zu werden drohe.³⁰ Berlusconi wird vorgeworfen, unternehmerische Interessen und politisches Amt nicht klar genug zu trennen.

"Since his business empire extends into so many of the commercial and financial corners of Italian life, government action on almost anything from privatisation to private pensions is bound to affect him personally."³¹

²⁹ Zu Forza Italia vgl. Dreier 1994; Mc Carthy 1996.

³⁰ "Es ist Gefahr im Verzug", in: Frankfurter Rundschau, 25.5.2001 (Nr. 120): 25.

³¹ "So, Mr Berlusconi... A triumph for Silvio Berlusconi, but not for Italy", in: The Economist, May 19th 2001: 13; vgl. auch Ulrich Ladurner, "Il buco – das Loch", in: Die Zeit, 27.9.2001 (Nr. 40): 10.

Tatsächlich gehörte zu den ersten Maßnahmen der Regierung Berlusconi die Initiierung von Gesetzen, die dem Privatinteresse des Premiers dienen wie die geplante Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie ein Gesetz, das die Bilanzfälschung als strafrechtliches Delikt abschafft. Seit den Polizeiübergriffen auf dem G8-Gipfel in Genua wächst das Unbehagen. Besorgte Beobachter fühlten sich angesichts des brutalen Vorgehens der Sicherheitskräfte an "lateinamerikanische Zustände" erinnert und fragten, ob Italien unter Berlusconi nun auf dem Weg zu einem autoritären Staat sei.³²

Die fragwürdige Verschmelzung von Staats- und Medienmacht in der Person des Ministerpräsidenten Berlusconi und dessen geringes Verständnis für die Gewaltenteilung in einer Demokratie sind Besorgnis erregend. Dass die Demokratie in Italien in Gefahr ist, wäre dennoch eine zu pessimistische und übertriebene Diagnose. Nachdem die Regierung noch nicht einmal ein halbes Jahr im Amt ist, wäre ein abschließendes Urteil verfrüht.

Die politische Opposition gilt zu Recht als grundlegender Bestandteil der Demokratie.³³ Nicht zuletzt ist daher auch die Opposition mit in der Verantwortung. Durch Kritik und die Entwicklung von Sach- und Personalalternativen kann sie wirksam eine Kontroll- und Machtbegrenzungsfunktion ausüben. Viel wird davon abhängen, ob es ihr gelingt, ihre inneren Konflikte zu überwinden und eine überzeugende Oppositionspolitik zu betreiben.

5 Perspektiven der Entwicklung – Italien auf dem Weg zu einem bipolaren Parteiensystem?

Die jüngsten Wahlen und der erneute Machtwechsel zeigen: die "blockierte Demokratie" Italiens hat sich zu einer Wettbewerbsdemokratie entwickelt. Die Fragmentierung des italienischen Parteiensystems ist zwar (noch) nicht überwunden, das italienische Parlament weist jedoch nach den jüngsten Wahlen eine deutliche bipolare Struktur auf. Das Wiedererstarken einer politischen Mitte als (dritte) eigenständige politische Kraft zeichnet sich dagegen nicht ab. Vielmehr haben sich die zersplitterten Zentrums-Kräfte vorerst den beiden großen Allianzen angeschlossen.

Eine Konsolidierung des Bipolarismus ist aufgrund der oben beschriebenen Effekte des Wahlsystems und der Polarisierung des Wahlkampfes wahrscheinlich, aber keineswegs sicher, denn die Parteien und Wahlallianzen sind organisatorisch und programmatisch noch nicht verfestigt. Eine Entwicklung zu einem stabilen bipolaren Parteiensystem ist nur zu erreichen, wenn sich die in den beiden großen Allianzen zusammengeschlossenen Parteien nicht mehr vornehmlich als strategische Wahlbündnisse verstehen, sondern als dauerhafte Zusammenschlüsse auf der Grundlage gemeinsamer Programmatik. Eine mögliche

³² Clemens Wergin, "Was von Genua übrigbleibt", in: Der Tagesspiegel, 16.8.2001 (Nr. 17499):

³³ Vgl. Schneider 1989; Sternberger 1976; Oberreuter 1992.

Entwicklung wird darin gesehen, dass sich die Wahlbündnisse nach dem Vorbild der französischen UDF stärker stabilisieren und institutionalisieren.³⁴ Die einzelnen Parteien müssten dabei auf ihre eigene Identität nicht gänzlich verzichten; diese Allianzen blieben jedoch tendenziell fragil.

Es wurde und wird auch immer wieder über die mögliche Entstehung neuer Großparteien spekuliert. Ob die jeweiligen Bündnisparteien letztlich gar zu einer rechtskonservativen und einer sozialdemokratischen Partei verschmelzen, ist jedoch fraglich. Denn die partei- und blockinterne Kohäsion ist in beiden Bündnissen, vor allem jedoch bei der Mitte-Links-Allianz, instabil. Überdies hat das italienische Mischwahlsystem zwei Logiken von Parteienwettbewerb hervorgebracht: Zu dem Wettbewerb zwischen den großen Wahlbündnissen kommt der traditionelle Parteienwettbewerb unter den einzelnen Bündnispartnern.³⁵ Doch trotz dieser komplexen Wettbewerbsstruktur gibt es Anzeichen für eine Stabilisierung der beiden Wahlbündnisse.

Im Vergleich zu den vorangegangenen beiden Parlamentswahlen stellte sich das Mitte-Rechts-Bündnis bei den jüngsten Wahlen sehr viel homogener dar. War die Rechtsallianz 1994 mit zwei Bündnissen³⁶ und 1996 ohne die Lega Nord angetreten, so schloss sich das Bündnis diesmal landesweit einheitlich unter dem Banner der "Casa delle Libertà" zusammen. Die Schwächung seiner Koalitionspartner könnte Berlusconis Idee der Schaffung einer großen rechtskonservativen Partei nach dem Vorbild von Jacques Chiracs RPR (Rassemblement pour la République) begünstigen. Sie könnte allerdings auch das Gegenteil bewirken und für Unruhe unter den Bündnispartnern sorgen. Es bleibt abzuwarten, wie insbesondere der Parteiführer der Lega Nord, Umberto Bossi, auf das Wahldebakel seiner Partei reagiert. Die Lega Nord hatte bereits 1994 aufgrund der Beteiligung an dem Berlusconi-Bündnis an Profil verloren und dies war auch ein Grund für ihren damaligen Rückzug aus der Regierungskoalition gewesen.³⁷

Die Idee der Gründung einer großen rechtskonservativen Partei in Italien findet bei Europas Konservativen durchaus Unterstützung. Seine eigene Partei konnte Berlusconi auf der europäischen Ebene bereits durch die Aufnahme von Forza Italia in die Europäische Volkspartei salonfähig machen. Konservative wie Jacques Chirac und José María Aznar feierten Berlusconis Wahlerfolg als Sieg für das konservative Lager.

³⁴ Vgl. Newell/Bull 1997: 106.

³⁵ Virgilio 1998: 6.

³⁶ In Süd- und Mittelitalien hatte Berlusconi ein Bündnis mit Alleanza Nazionale unter dem Namen "Polo del buon governo" gebildet; im Norden hatten sich Forza Italia und Lega Nord in dem "Polo delle Libertà" zusammengeschlossen, gegen den Alleanza Nazionale sogar eigene Kandidaten aufgestellt hatte.

³⁷ Vgl. Gohr 2001a: 33 ff. Dass Lega Nord oder Alleanza Nazionale ihre Parteien in einer moderaten rechten Partei aufgehen lassen, ist unwahrscheinlich. Die Entstehung einer solchen Partei wird auch davon abhängen, wie sich das elektorale Potenzial von Lega Nord und Alleanza Nazionale entwickelt.

Der Ulivo ist heterogener als die Mitte–Rechts–Allianz. Dennoch zeichnet sich eine deutliche Tendenz zur Mitte ab, die mittelfristig die bestehenden Differenzen mildern könnte. Während die Democratici di Sinistra im Vergleich zu den Wahlen 1996 4,5 Prozentpunkte eingebüßt haben, hat der Parteienzusammenschluss Margherita 3,4 Prozentpunkte dazugewonnen.³⁸ Linksdemokraten und Margherita trennen nur noch 2,1 Prozentpunkte (Tabelle 1). Die Furcht der katholischen und liberalen Kräfte, dass der Ulivo langfristig von den Linksdemokraten dominiert wird, ist obsolet geworden und dies könnte das Bündnis für die bürgerliche Mitte attraktiv machen.³⁹ Während Forza Italia ihre Koalition dominiert, entwickelt sich in der Mitte–Links–Allianz eine Doppelspitze aus Democratici di Sinistra und Margherita. Das Szenario einer großen sozialdemokratischen Partei könnte damit näher rücken.⁴⁰

Ob diese Entwicklungen eintreten, ist jedoch ungewiss, denn die Parteiorganisationen und Bündnisstrukturen sind nach wie vor unbeständig. Die Transformation des italienischen Parteiensystems ist noch längst nicht abgeschlossen.

³⁸ Der Parteienzusammenschluss Margherita existierte 1996 noch nicht. Um die Ergebnisse von 1996 und 2001 vergleichen zu können, wurden für 1996 der Parteienzusammenschluss von PPI, SVP, PRI, UD, Lista Prodi und RI/Lista Dini zusammengefasst.

³⁹ Als Hauptproblem und Dilemma der Mitte–Links–Allianz galt lange, dass die Nachfolgepartei des PCI, der Partito Democratico della Sinistra (PDS, später DS – Democratici di Sinistra), gleichzeitig eine Quelle der Stärke und der Schwäche für das Bündnis darstellte. Denn einerseits war seine elektorale Stärke unverzichtbar für das Bündnis, andererseits fürchteten die anderen Partner seine Dominanz (Newell/Bull 1997: 100).

⁴⁰ Zu klären wäre allerdings das problematische Verhältnis zu Rifondazione Comunista, denn eine Integration der Neokommunisten würde die katholischen und liberalen Partner und moderate Wähler abschrecken.

Literatur

- Dreier, Volker, 1994: "Forza Italia: Triumph der Telekratie? Zu Morphologie, Erfolg und Zukunft einer politischen Bewegung", *Sozialwissenschaftliche Informationen* 23, Heft 4: 285–292.
- "Es ist Gefahr im Verzug", *Frankfurter Rundschau*, 25.5.2001 (Nr. 120): 25.
- Freund, Norbert, 1995: "Wahlsystemreform in Italien", *Jahrbuch für Politik* 5: 43–65.
- Galli, Giorgio, 1974: *I partiti politici. Storia della società italiana dall'unità a oggi*. Vol. 7, Torino.
- Gohr, Antonia, 2001a: *Die Lega Nord – Eine Herausforderung für Italien. Zwischen Föderalismus und Separatismus*. Frankfurt a.M./New York u.a.: Lang.
- Gohr, Antonia, 2001b: *"Maastricht als Herausforderung und Chance – Die Auswirkungen der europäischen Integration auf den italienischen Wohlfahrtsstaat"*. ZeS–Arbeitspapier Nr. 8/01. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen 2001.
- Ladurner, Ulrich, 2001: "Il buco – das Loch", *Die Zeit*, 27.9.2001 (Nr. 40): 10
- Mc Carthy, Patrick, 1996: "Forza Italia: The Overwhelming Success and the Consequent Problems of a Virtual Party", in: Richard S. Katz; Piero Ignazi (Hrsg.), *Italian Politics* 10: The Year of the Tycoon: 37–55.
- Newell, James L.; Bull, Martin, 1996: "The April 1996 Italian General Election: The Left on Top or on Tap?", *Parliamentary Affairs* 49: 616–647.
- Newell, James L.; Bull, Martin, 1997: "Party Organisations and Alliances in Italy in the 1990s: A Revolution of Sorts", in: Martin Bull; Martin Rhodes (Hrsg.), *Crisis and Transition in Italian Politics*. London u.a.: Frank Cass, 81–109.
- Newell, James L., 2000: *Parties and Democracy in Italy*. Aldershot u.a.: Ashgate.
- Oberreuter, Heinrich, 1992: "Opposition", in: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 1 Politikwissenschaft, herausgegeben von Dieter Nohlen und Rainer–Olaf Schultze. München: Piper, 637–642.
- Pasquino, Gianfranco, 1995: "Die Reform eines Wahlrechtssystem – Der Fall Italien", in: Brigitta Nedelmann (Hrsg.), *Politische Institutionen im Wandel*. Opladen (KZfSS Sonderheft 35): 279–304.
- Pasquino, Gianfranco, 1997: "No longer a 'Party State'? Institutions, Power and the Problems of Italian Reform", in: Martin Bull; Martin Rhodes (Hrsg.), *Crisis and Transition in Italian Politics*. London u.a.: Frank Cass, 34–53.
- Perger, Werner A., 2001: "Berlusconis Macht", *Die Zeit*, 21.6.2001 (Nr. 26): 6.
- Schaefer, Markus, 1998: *Referenden, Wahlrechtsreformen und politische Akteure im Strukturwandel des italienischen Parteiensystems*. Münster: Lit.
- Schmidt, Manfred G., 1995: *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Kröner.
- Schneider, Hans–Peter, 1989: "Verfassungsrechtliche Bedeutung und politische Praxis der parlamentarischen Opposition", in: Hans–Peter Schneider; Wolfgang Zeh (Hrsg.), *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis*. Berlin/New York: de Gruyter, 1055–1086.
- Seißeberg, Jörg, 1993: "'Die blockierte Demokratie' bewegt sich – Veränderungen im politischen System Italiens", *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 24, Heft 3: 496–524.

"So, Mr Berlusconi... A triumph for Silvio Berlusconi, but not for Italy", *The Economist*, May 19th 2001: 13.

Sternberger, Dolf, 1976: "Opposition des Parlaments und parlamentarische Opposition. Eine Studie zum Problem der Gewaltenteilung", in: Hans-Gerd Schumann (Hrsg.), *Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland*. Darmstadt: Wiss. Buchges., 66–87.

Virgilio, Aldo Di, 1998: "Electoral Alliances: Party Identities and Coalition Games", *European Journal of Political Research* 34: 5–33.

Wergin, Clemens, 2001: "Was von Genua übrigbleibt", *Der Tagesspiegel*, 16.8.2001 (Nr. 17499): 21.

Zohlnhöfer, Reimut, 1998: "Die Transformation des italienischen Parteiensystems in den 90er Jahren", *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 8, Heft 4: 1371–1396.

Anhang: Sitzverteilung in der Abgeordnetenversammlung und im Senat 2001 und 1996

Das italienische Parlament hat zwei Kammern, die für eine fünfjährige Legislaturperiode gewählt werden. Die Abgeordnetenversammlung hat 630 Mitglieder: 475 Sitze werden nach dem Mehrheits- und 155 Sitze nach dem Verhältniswahlssystem vergeben. Der Senat hat 326 Mitglieder, von denen 232 nach dem Mehrheits- und 83 nach dem Verhältniswahlssystem bestimmt werden. Hinzu kommen 11 Senatoren auf Lebenszeit.

